

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt zu Bad Schandau und des Finanzamtes Sebnitz. Gemeindevorstands-Kontokonto: Bad Schandau 36 — Bankkonto: Dresdner Bank Zweigstelle Schandau — Postcheckkonto: Dresden Nr. 333 27

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis halbjährlich ins Haus gebracht 90 Gold-Msg., für Selbstabholer 80 Gold-Msg. Einz. Nummer 10 Gold-Msg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung usw. berechtigt den Bezahler nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Klippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtendorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähr, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Diele — Verantwortlich: K. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in Goldmark): die 7 gespaltene 35 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Nr. 176

Bad Schandau, Mittwoch, den 30. Juli 1924

68. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Nach einem im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch werden die Gehälter der Bankangestellten für Juli und August um 10 % erhöht.

* Der griechische Gesandte in Sofia erhielt Anweisung, gegen das Auftreten von Komitatsschis an der griechisch-bulgarischen Grenze zu protestieren.

* In Rumänien sind auf Grund des Belagerungszustandes sämtliche kommunistischen Organisationen aufgelöst worden.

* Die brasilianische Regierung gibt amtlich bekannt, daß der Aufstand nach Einnahme von Sao Paulo zusammengebrochen sei.

Alles fließt!

Ein griechischer Philosoph tat einmal den Anspruchs, daß alles im Flusse ist. Er sprach damit eine große Weltweisheit aus, die immer wieder durch die Tatsachen bestätigt wird. Das gilt auch von der Londoner Konferenz, die derartig im Flusse ist, daß man manchmal befürchten muß, daß sie ganz zerfließt. In der letzten Woche glaubte man in London schon, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Man riefte sich, am vergangenen Montag das Gipfelchen auf das i und den Schlüsselschritt unter das Ganze zu setzen. Aber es kam wieder einmal anders, wie so oft im Leben. Die mit so vielem Geschrei angekündigte Sitzung endete wie das Hornberger Schiefen. Man schob die wichtigsten Fragen wieder einmal auf die lange Bank, in der Hoffnung, daß wieder in der Zwischenzeit irgendeinem ein rettender Gedanke einfällt.

Im Mittelpunkt des Interesses steht nicht nur in London, sondern ganz besonders auch bei uns steht die Frage der Einladung Deutschlands. Für Frankreich war es von vornherein eine ungemachte Sache, daß Deutschland, wenn man ihm überhaupt eine Einladung zuschickte, höchstens als gehobener Diener zu erscheinen habe, um mit demütig gebeugtem Rücken das Diktat entgegenzunehmen und die Unterschrift unter ein Abkommen zu setzen, das uns zu den alten untragbaren Lasten neue aufbürdet, womit die Verflöschung des deutschen Volkes endgültig vollzogen wäre. Das war Poincarés Programm, wie es jetzt Herriot ausführt. Im Innern seines Herzens denkt dieser vermutlich anders. Aber die Furcht vor der Opposition und dem Groß Poincarés läßt ihn eben anders handeln als denken. Aus dieser Sachlage wurde er durch den englischen Vorschlag befreit, wonach Juristen untersuchen sollten, ob Deutschland als Verhandlungsteilnehmer eingeladen werden müsse.

Diese Entscheidung liegt nun zugunsten Deutschlands vor. Man möchte sich die Montagkonferenz sehr kurz fassen können und die Einladung ergeben lassen müssen. Jetzt kam aber ein neues Hindernis. Die Deutschen sollen erst erscheinen, wenn die Einigkeit unter den Alliierten hergestellt ist. Damit hapert es aber sehr energig. Drei Kommissionen hatten sich in Schwelge ihres Angesichts bemüht, hier ein vollständiges Programm aufzustellen. Es sollte ihnen auch schon gelungen sein. Am Montag mußten sie jedoch erklären, daß davon noch keine Rede sein könne. Wir wissen es aus den Bedingungen, daß in allen drei Hauptfragen der Starrsinn der Franzosen eine Einigung unmöglich macht. Die Einladung Deutschlands kann man natürlich nicht umgehen. Da man aber bei der Flüssigkeit der Dinge den Zeitpunkt noch nicht bestimmen kann, überließ man ihn den großen Fischen, die dann auch gleichzeitig den Auftrag bekamen, die Reparationskommission ebenfalls nach London zu bitten. Gewissensfragen um den Deutschen, die schriftlich auf die Einladung warten, ein Pflaster auf die Wunde zu legen, bemüht man sich auf der Gegenseite, ihnen klarzumachen, daß man sie keinem Diktat unterwerfen will.

Was bei alledem für uns dabei herauskommt, läßt sich natürlich nicht sagen. Wir werden aber gut tun, unsere Erwartungen nicht allzu hoch zu spannen. Jeder Fluß strömt einem Ende zu. Doch läßt sich bei ihm, der durch Ufer begrenzt ist, einiges über seinen Lauf sagen. Das ist bei Verhandlungen, wie bei denen in London, wo die Verhandlungen selbst kaum wissen, was sie wollen, außerordentlich schwierig. Bisher hat man sich bei ähnlichen Gelegenheiten immer mit einem Kompromiß geholfen, ein Ausweg, den man auch diesmal wählen wird. Jedoch wurden bisher alle Kompromisse auf Deutschlands Kosten geschlossen. Was bis jetzt aus den Kommissionen bekannt geworden ist, läßt solches auch diesmal befürchten. Unsere Delegation wird deshalb einen sehr schweren Stand haben. Herr Coolidge ist zwar außerordentlich zuverlässig. Unsere Vertreter würden aber einen unverzeihlichen Fehler begehen, wenn sie sich diesen Optimismus zu eigen machen und danach ihre Dispositionen treffen würden. Bei Dingen, die derartig wie in London zu zerfließen drohen, ist es immer besser, daß man sich auf das Schlimmste gefaßt macht. Dann kann man wenigstens nicht enttäuscht werden.

Unerwartete Schwierigkeiten

Die Verzögerung der Einladung.

In London ist wieder einmal alles drunter und drüber gegangen, sowohl in der Vollkonferenz, als auch in den offiziellen und nichtoffiziellen Kommissionen. Zugeständnisse, die man gemacht hatte, wurden zurückgezogen, Einigungsvorschläge wurden von ihren eigenen Urhebern verweigert. Das für uns Wichtigste ist, daß die Vollkonferenz die Einladung Deutschlands zwar grundsätzlich beschloß, aber wider alles Erwarten noch nicht abgeschickt, sondern es den „Fünf Großen“ überlassen hat, zu bestimmen, wann die formelle Einladung ergehen soll. Es heißt jetzt, sie werde am Donnerstag oder Freitag erfolgen; ob das richtig ist, werden wir ja sehen. An sich würde es auf ein paar Tage früher oder später nicht ankommen, wenn nur nicht die Verzögerung darauf zurückzuführen wäre, daß wieder der Gedanke die Oberhand bekommen hätte, die Alliierten müßten zuerst in allen Fragen unter sich einig sein. Der Wunsch als solcher ist gewiß berechtigt, wird er aber zur Bedingung gemacht, so sieht es doch verteuert so aus, als ob trotz aller Zusicherungen wieder ein Diktat und nicht Verhandlung auf dem Fuße der Gleichberechtigung beabsichtigt sei. Es ist klar, daß sich die deutsche Regierung darauf nicht einlassen könnte, und man kann nur hoffen, daß sich darüber auch die jetzt in London versammelten Staatsmänner klar sind oder werden; denn sonst wäre es nichts mit dem nach Dawes benannten Sachverständigen-gutachten, obwohl es von allen beteiligten Staaten angenommen worden ist.

Die Bedingungen der Anleihe.

Dreierlei Garantien.

Aus London wird unter dem Datum des 29. Juli gemeldet: Heute wird eine wichtige Sitzung der amerikanischen, britischen und alliierten Bankiers stattfinden, wahrscheinlich unter dem Vorsitz Lamonts von der Firma Morgan u. Co., um die notwendigen Bedingungen der Anleihe zu erwägen. Wie verlautet, haben die Bankiers drei Arten finanzieller Garantien vorgeschlagen:

1. Allgemeine Garantien aller teilnehmenden Mächte,
2. Eine individuelle Garantie jeder Macht, die eine separate Aktion unternimmt,
3. Garantie der Bankiers der unter 2. erwähnten Mächte.

Man beachte Punkt 2, aus dem der Pferdeschuh hervorgeht. In einem Nebenjah verlegt werden da doch Sonderaktionen einzelner Mächte als etwas gegebenes erwähnt. Wenn sich die Bankiers damit abfinden, so ist das ihre Sache, Deutschland aber kann sich mit einer solchen Regelung nicht einverstanden erklären. Deutschland kann nicht die neuen Lasten, die ihm der Dawes-Plan auferlegt, auf sich nehmen, wenn es weiter der Willkür Frankreichs ausgeliefert bleibt. Ganz abgesehen davon, daß hier mit unscheinbaren Worten Frankreich (und Belgien) durch internationale Abmachung ein Recht zugestanden würde, das ihm bisher sogar seine Alliierten abgesprochen haben. Das Sachverständigen-gutachten ist nicht ausgearbeitet worden, um Deutschland zu helfen — das wissen wir —, sondern um der Welt den Frieden wiederzugeben. Für dieses

hohe Ziel wollen wir Opfer bringen, aber das Ziel wird niedrigergerissen, wenn weitere Kriegsmassnahmen gegen uns, und nur gegen uns, erlaubt sein sollen. Und nichts anderes als Kriegsmassnahmen sind und bleiben militärische Sanktionen.

Die neue französische Garantieformel.

London, 29. Juli. Das Hauptinteresse der Presse ist auf die Verhandlungen der ersten Kommission gerichtet, die immer noch die von den internationalen Bankiers aufgeworfenen Fragen zu regeln hat. Die Kommission wird morgen 9.30 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammentreten und, wie verlautet, insbesondere die neue französische Formel zur Lösung der Schwierigkeiten in Angriff nehmen. Die französischen Delegierten sind während des ganzen heutigen Tages damit beschäftigt gewesen, diese neue Formel vorzubereiten, wobei sie sowohl den ursprünglichen Bericht der ersten Kommission wie auch die Kompromißformel des belgischen Ministerpräsidenten und die des amerikanischen Delegierten Logan mit verarbeitet haben.

Nach den Informationen der Londoner Presse läuft die Formel darauf hinaus, daß die deutsche Regierung und die Reparationskommission sich mit den Bankiers zur Erörterung der in Betracht kommenden Fragen zusammensehen. Es wird gemeldet, daß dieser Vorschlag durchaus nicht die Zustimmung aller Konferenzteilnehmer findet, da er die Entscheidung einer bedeutsamen Frage aus der Kompetenz der Konferenz in die der Reparationskommission übertrage. Unter diesen Umständen sieht man allgemein den neuen französischen Vorschlägen mit äußerster Spannung entgegen.

Die dritte Kommission wird morgen ebenfalls zusammentreten und man glaubt, daß dies ihre letzte Sitzung sein wird, da ihre Arbeiten soweit fortgeschritten sind, daß nur noch wenige Fragen zu erledigen bleiben.

Herriot und Theunis wünschen Verstärkungen.

London, 30. Juli. Theunis erklärte, er wünsche seinen Außenminister zu den Besprechungen der großen Fünf nummehr heranzuziehen. Herriot erklärte sein Einverständnis unter der Bedingung, daß er seinen Finanzminister mitbringen dürfe. Diese Forderung deutet auf bevorstehende wichtige Beschlüsse hin.

Preußenkabinett und Londoner Konferenz.

Berlin, 30. Juli. Das Preussische Kabinett hat den Beschluß gefaßt, bei der Reichsregierung die Teilnahme des preussischen Ministerpräsidenten Brauns an der für London in Aussicht genommenen deutschen Delegation in Vorschlag zu bringen.

Brüsseler Kabinettskrise in Belgien?

Paris, 30. Juli. Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat der belgische Wirtschaftsminister van de Vyver die Absicht, in kurzer Zeit zurückzutreten und zwar aus rein persönlichen Gründen.

Frankreich nimmt den Garantiepakt des Völkerbundes an.

Paris, 29. Juli. Im Zusammenhang mit der englischen Zurückweisung des vom Völkerbund vorgeschlagenen Garantiepaktes bemerkt der Matin: Die französische Entscheidung würde im Prinzip zu Gunsten einer Annahme des Paktes ohne Vorbehalte sein, sowie Vorschläge für seine Anwendung enthalten. Der Matin erklärt weiter, daß das vom Nationalen Verteidigungsrat ernannte Komitee zur Prüfung der Angelegenheit einstimmig den Völkerbunds-vorschlag angenommen habe. Die französische Antwort an den Völkerbund werde voraussichtlich am kommenden Montag abgefaßt werden.

Das Militärverorgungsrecht.

Vom Reichstag beschlossene Änderungen.

Das Militärverorgungsrecht erfährt auf Grund der Verhandlungen im Reichstage mit Wirkung vom 1. August 1924 verschiedene Änderungen, von denen folgende besonders wichtig sind: Die Grundbeträge an Versorgungsgeldern sind gegenüber den im Dezember 1923 festgestellten um 50 % erhöht und die einfache Ausgleichszulage ist auf 35 %, die erhöhte auf 70 % der Grundbezüge festgesetzt worden. Die Unterhaltskosten für den Blindenführerbetrag betragen jetzt in den einzelnen Ortsklassen 108 bis 126 Mark jährlich. Für die Gewährung der Elternrente für ein Elternteil ist die Bedürftigkeitsgrenze zugunsten der Berechtigten erweitert worden. Die durch die Personalabgabenverordnung geschaffene Bestimmung, daß in Versorgungssachen eine durch ein Rechtsmittel angefochtene Entscheidung auch zugunsten der Partei, die das Rechtsmittel eingelegt hatte, geändert werden konnte, ist wieder aufgehoben worden. Die Kriegsbekindeten erhalten, soweit dies noch nicht geschehen, Blindenrührer vom Reich. Bei der Rentenzahlung für August, die in den letzten Tagen des Juli durch die Postanstalten erfolgt, konnten die Erhöhungen nicht mehr berücksichtigt werden, da die Zahlungslisten bereits bei der Postanstalt vorliegen. Die Nachzahlung erfolgt zusammen mit der Rentenzahlung für September in den letzten Tagen des August. Die Zusatzrenten für August werden dagegen Mitte August bereits mit den Sätzen von den Fürsorgestellen zur Auszahlung gebracht.

Der Konflikt mit Rußland beigelegt

(Zu unserer gestrigen Meldung.)

Der deutsch-russische Konflikt, der durch die am 3. Mai gegen das Gebäude der russischen Handelsvertretung in Berlin unternommene Polizeiaktion entstanden war, ist heute durch die Unterzeichnung eines Protokolls beigelegt worden. Die Unterzeichnung fand im Auswärtigen Amt durch den gegenwärtigen russischen Geschäftsträger in Deutschland, Votschastskij Braiman-Brodowski, und den Reichsaußenminister Dr. Stresemann statt.

Das Protokoll setzt fest, daß die beiden Regierungen den Notenwechsel über den Zwischenfall als abgeschlossen betrachten. Die deutsche Regierung erklärt, daß das Vorgehen der Berliner Polizeibehörde gegen die Handelsvertretung eine eigenmächtige Handlung der Polizei gewesen ist. Diese Polizeiaktion wird mißbilligt. Die deutschen Beamten, die sich gegen extraterritoriale russische Beamte unrichtig benommen haben, sollen bestraft werden. Die russische Regierung erklärt, daß sie allen ihren Beamten und Angestellten verboten hat, in irgendwelcher Weise an dem innerpolitischen Leben Deutschlands teilzunehmen.

Der russischen Handelsvertretung wird jetzt unverzüglich der Verkehr für Deutschland wieder freigegeben werden, der russische Votschastskij für Berlin, Krestinski, wird voraussichtlich noch in dieser Woche auf seinen Berliner Posten zurückkehren.